

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden  
Verlags-Gesellschaft: 26941  
Kau für Redaktionsgebäude Nr. 20011  
Schiffbaustr. 11, Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. L. Wartenburgstr. 20/21

Bezugspreis bei wöchentlich zweimaliger Zustellung monatlich 2,40 RM, einschließlich 20 Pfg. für  
Ergebnisse, durch Postweg 2,40 RM, einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr  
bei Tauschbestellungen). Einzelnummern 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigen-  
preise: Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und  
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeile 100 Pfg.,  
außerhalb 120 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Anzeigenpreise gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neff & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1088 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig, Unberichtigte  
Schreibweise werden nicht anberodert

## Schober zeigt in Genf einen Weg

### Die organische Vorstufe zu Panuropa

Genf, 12. Sept. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Völkerverammlung wurde die allgemeine Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs fortgesetzt. Als erster Redner sprach der belgische Außenminister Dymans, der sich der europäischen Frage zuwandte. Er trat dafür ein, daß nicht ein neuer komplizierter Mechanismus geschaffen werde und daß man stattdessen an eine Erweiterung und Spezialisierung gewisser Völkerverbandsorgane denken solle. Den größten Teil seiner Ausführungen widmete Dymans den wirtschaftlichen Aufgaben des Völkerverbands. Zum Schluß erklärte er, ohne die Abrüstungsfrage zu erwähnen, die Bestrebungen des Völkerverbands für Sicherung des Friedens seien, keinen Krieg zu führen. Sie müßten dahin kommen, ihn als Wahnsinn, überhaupt als eine Unmöglichkeit zu betrachten.

Hierauf behandelte der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober das Thema der europäischen Einigungsbestrebungen, insbesondere vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Die österreichische Regierung habe die Initiative des französischen Außenministers mit aufrichtiger Genugtuung begrüßt. Für die Verwirklichung des Planes kämen zwei Wege in Betracht. Der erste führe zu dem Versuch, die Staaten Europas zu einheitlichen wirtschaftspolitischen Aktionen zu vereinen. Auf diesem Wege würden Fortschritte nur schwer und langsam zu erzielen sein. Ueber den zweiten Weg führte Schober aus:

Nach Ansicht der österreichischen Regierung sollte es mit neuen Methoden, wenn sie nicht jetzt schon auf ganz Europa angewendet werden können, zuerst dort versucht werden, wo gleichartige Verhältnisse und einander ergänzende Bedürfnisse dazu drängen.

Dieser zweite Weg, den ich den organischen und synthetischen nennen möchte, scheint mir umgleich mehr Aussicht auf nahen Erfolg zu haben. Inzwischen haben mehrere unserer Nachbarstaaten sich dazu entschlossen, neue Wege zu gehen. Die Vereinbarungen zwischen den östlichen Agrarexportstaaten und ihren engeren und weiteren Nachbarn bilden ein Beispiel der wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Staaten, durch die uns Panuropa vorbereitet werden soll. Oesterreich ist unter Umständen bereit, an solchen Verhandlungen teilzunehmen in der Erwartung, daß sich daraus für alle beteiligten Staaten eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Situation und zugleich für ganz Europa der Ausgangspunkt und die Grundlage für die Verwirklichung der Grundidee des Herrn Briand ergeben wird.

Nach Bundeskanzler Schober sprachen noch die Vertreter Schwedens und Spaniens. Der schwedische Außenminister Baron Ramel sprach insbesondere über die wirtschaftliche Tätigkeit des Völkerverbands. Er wandte sich gegen die von einigen Staaten in der letzten Zeit vorgenommenen Zollerhöhungen, die, wie bei anderen Staaten, leicht Gegenmaßnahmen auslösen könnten. Der spanische Delegierte, Quinones de Leon, teilte mit, daß Spanien sich entschlossen habe, der Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit beizutreten. Spanien erwarte, daß auf der Novembertagung des Vorbereitungsausschusses die Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage überwunden werden, so daß die internationale Abrüstungskonferenz endlich zusammentreten könne.

Diese Konferenz werde das Prestige des Völkerverbands in der Hand haben, die Völker lägen ihr mit besorgter Erwartung entgegen. Der Initiative Briands zur Schaffung einer engeren Zusammenarbeit der Völker Europas sehe Spanien mit voller Sympathie gegenüber.

### Curtius zur Schoberrede

Wien, 12. Sept. Der Sonderberichterstatter der Wiener „Neuen Freien Presse“ in Genf hatte heute abend eine Unterredung mit Bundeskanzler Dr. Curtius, der sich zu der heute vom Bundeskanzler Dr. Schober in der Völkerverammlung des Völkerverbands gehaltenen Rede u. a. folgendermaßen äußerte: Ich habe die Rede des Bundeskanzlers Dr. Schober mit allergrößtem Interesse verfolgt. Besonders Interesse verdienen naturgemäß die Ausführungen des Bundeskanzlers über den von ihm angezeigten Weg zu Panuropa.

Zunächst Zusammenfassung der wirtschaftlichen Interessen, und zwar zwischen den großen Märkten der Agrarproduktion und der Industrieproduktion.

Ich weiß, daß Oesterreich und Deutschland wie auf anderen Gebieten so gerade auch auf diesem Gebiet in Hand gehen können und miteinander Hand in Hand gehen werden.

Ich habe den größten Wert darauf gelegt, mit dem Bundeskanzler alsbald in Genf zu sprechen. Ich habe die Freude, daß bei dieser Gelegenheit der Bundeskanzler seinen schon früher ausgesprochenen Wunsch erneuert hat, mich so bald wie möglich in Wien zu sehen. Ich habe ihm freudig zugestimmt und ihm vorgeschlagen, wenn es der österreichischen Regierung angenehm wäre, Ende Oktober für diesen Besuch in Aussicht zu nehmen. Ich freue mich, die lange hinausgezogene Gelegenheit benutzen zu können, um in herzlichem, vertrauensvollem Gedankenaustausch mit den österreichischen Staatsmännern und intimer Verbindung mit dem großen deutschösterreichischen Leben meine Kenntnisse, meine Erfahrungen und meine Liebe zu dem Brudervolk vertiefen zu können.

### Atheistische Jugendfreunde

Der Wahlkampf ist im wesentlichen mit staats-, wirtschafts- und finanzpolitischen Erwägungen bestritten worden, und das ist im bösen Zeichen des Youngplans ja auch notwendig und ganz natürlich, aber vergessen soll darüber doch nicht werden, daß alle Technik und alle Wirtschaft letzten Endes dem Menschen zu dienen hat; nicht umgekehrt. Und gerade die Frauen, die einen viel unmittelbaren Kontakt zum Gesellschaftlichen haben als die Männer, werden ihre politische Entscheidung viel leichter und viel sicherer treffen können, wenn sie sich am Unmittelbar-Menschlichen, am Weltanschaulichen, am Religiösen und Kulturellen orientieren, wenn sie daran denken, in welchem Geiste sie ihre Kinder erziehen sollen.

Der Vater des „wissenschaftlichen“ Sozialismus, Karl Marx, hat ja seine Meinung über die Religion sehr prägnant in die Worte gefaßt: „Religion ist Opium fürs Volk“, und der Praktiker des Klassenkampfes, Christen und Sozialdemokratie händeln zueinander wie Feuer und Wasser. Eine Bewegung, die aufgebaut war auf dem Klassenhaß und die unmündigen Massen immer nur aussperrte zum Reid und zur Unzufriedenheit, die sie immer nur hinstieß auf die Realität des Grob-Materiellen, des Greifbaren, Ess- und Trinkbaren, mußte ja notwendig alles Geistige fanatisch leugnen, durfte ein überfinnisches Prinzip neben sich dulden; und so wurde denn dogmatisch alles Kulturelle, alles was mit Religion, Kunst und Wissenschaft zusammenhängt, zu etwas degradiert, das eigentlich gar keine Existenzberechtigung hat; geistiges Leben ist nur eine schöne Fassade, ein Luxus für die „Reichen“, ein ideologischer Überbau über dem eigentlichen Wahren: der Wirtschaft mit all ihrer Notdurft. In dieser Verleugnung des Geistes hat die Kulturlosigkeit des Sozialismus zutiefst ihre Wurzel; denn der sowjetische „Proletkult“ ist ja nichts als diabolische Zerschmetterung an der bürgerlichen Kultur, und das heißt an der Kultur schlechthin.

Und diese Methode der Kulturzerfegung will man nun auch nach Deutschland übertragen. Die Feindschaft zwischen Sozialismus und Christentum, die der alte Bebel noch nichtern-fachlich konstatiert hatte, wird bei den kleineren Geistern zu einer widerlich-wüsten, gehässigen Hebe gegen alles, was anderen Menschen heilig ist. Schon die Kindesseele wird mit diesem Gifte verfeucht; man fabriziert „Fromme Schnadahüpfeln“, die p. B. so beginnen:

„Wenn's wirklich Gott gäbe, mit'm Bollbart um's Kinn, So säßen die Pfaffen als Läuse drin.“

Das Weihnachtsfest, das innigste und geheimnisvollste aller christlichen Feste, wird den Kindern von vornherein als „Stummel“, als „große Lüge“ hingestellt; die Konfirmation wird ersetzt durch eine sogenannte „Jugendweiche“, nachdem diese arme Jugend vollgepöppelt worden ist mit einer materialistischen, halbwissenschaftlichen Weltanschauung. Die proletarische Freidenkerbewegung hat auf diesem Gebiete Erledigtes geleistet, und wenn man nun daran denkt, daß diese atheistische Bewegung, entstanden 1906, bis 1918 nur 8000 Mitglieder zählte, dann aber bis 1930 auf 615 000 hinaufschwellte, dann kann man ermaßen, wie groß diese Gefahr ist, die unter dem heutigen System im Staat ihre willigen Förderer findet. Der Führer der sozialdemokratischen Freidenker hat es auch einmal offen im „Vorwärts“ ausgesprochen, daß es die demokratische Republik war, die die Voraussetzung für die Ausbreitung der atheistischen Weltanschauung schuf! Bedenkt man ferner, daß den 1 1/2 Millionen Konfessionslosen 62 Millionen Christen im deutschen Volke gegenüberstehen, daß aber im alten Reichstag nahezu die Hälfte aller Abgeordneten Dissidenten waren, dann erweist man den ungeheuren Terror, der bereits heute durch eine kleine Minderheit über den überwiegenden christlichen Bevölkerungsanteil, und vor allem durch eine zahlenmäßig geringe Bonzokratie über die Massen einer durchaus religiös empfindenden Arbeiterschaft ausgeübt wird; und man ahnt, wie verheerend das Gift sein muß, das durch tausend Kanäle, die man beherrscht, Schule, Presse, Theater, Film, Rundfunk usw., ins Volk und in die Jugend sickert.

Nicht nur auf rein religiösem Gebiet. In jeder Weise wird die Jugend zur Unbotmäßigkeit aufgeweicht. Im „Sozialistischen Freidenker“ kann man lesen: „Richt das du, Genosse, der Vater, und du, Genossin, die Mutter bist, ist entscheidend für das Sein und Werden unserer Kinder, sondern daß sie in der Klassengesellschaft geboren werden als Proletarierkinder. Die Klassengesellschaft scheiden schon die Kinder. Das Ziel des Kampfes, den wir als Sozialdemokraten führen, und in dem es keine Neutralität gibt, verpflichtet die Arbeiterfamilie, in ihren Kindern die Revolutionäre zu erziehen mit glühendem Haß gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Unsere Kinder sollen keine Autorität haben... Wir führen das Kind hinaus aus der Familie... Statt Vater und Mutter sollen sie lieber zu ihren Eltern Kurt und Piefel sagen! Krasser kann kein Außenstehender diese vergebenden Tendenzen charakterisieren, als diese Selbstzeugnisse es tun. Entsprechend diesen Theorien ist auch die Praxis. Das „Proletarische Kind“ gibt folgende Anweisungen: Veranlaßt Schülerversammlungen mit Gerichtsungen über die Lehre, Weigerung der Teilnahme an nationalitätlichen

## Die Einigung über den Saarbahnschub

### Zurückziehung innerhalb drei Monaten

Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung des Völkerverbandsrates, in der die Aufhebung des Bahnschubes im Saargebiet einstimmig beschlossen wurde, erwähnte der Berichterstatter Erlaubs

in seinem Bericht, daß das in der Ratssitzung vom 9. September eingeleitete Sonderkomitee der Regierungskommission des Saargebietes die Frage vorlegte, ob und unter welchen Bedingungen sie sich dafür verbürgen könne, daß entsprechend dem Versailler Vertrag die Freiheit des Verkehrs und Transits im Saargebiet gewährleistet sei. Hierauf habe die Regierungskommission einstimmig ein Gutachten abgegeben, in dem sie sich imstande erklärte, die Verantwortung für die Sicherheit des Verkehrs und Transits auf den Saarbahnen zu übernehmen, und zwar mit Hilfe der östlichen Gendarmerie und bei Schaffung eines besonderen Organes, das in technischer Hinsicht die Sicherheit dieses Verkehrs zu wahren hätte. Für den Fall von Unruhen habe sich die Regierungskommission bereits durch Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages das Recht vorbehalten, geeignete technische oder militärische Kräfte heranzuziehen.

Der Völkerverbandsrat hat entsprechend dem Vorschlag des Berichterstatters beschlossen:

1. Die auf Grund seiner Entschließung vom 12. März 1927 gebildeten Bahnschutztruppen sowie die Feld-eisenbahnkommission aufzuheben; 2. daß diese Aufhebung innerhalb der nächsten drei Monate durchzuführen werden solle.

Die Annahme des Berichtes erfolgte, abgesehen von zwei kurzen Erklärungen des deutschen und des französischen Außenministers, ohne Auspruch.

### Reichsaussenminister Dr. Curtius

erklärte, er begrüße die jetzt gesundene Regelung. Was den von der Regierungskommission des Saargebietes erwähnten dritten Punkt, den Fall von Unruhen betreffe, so habe Dr. Curtius man bereits früher im Völkerverbandsrat dargestellt, daß nach Ansicht der deutschen Regierung dieser Fall niemals eintreten werde. Aus Briand gab der Ansicht Ausdruck, daß der erwähnte dritte Fall niemals eintreten werde.

### Eine befriedigende Lösung

Genf, 12. Sept. Von Seiten der deutschen Abordnung wird zu dem Beschluß des Völkerverbandsrates über die Zurückziehung des Saarbahnschubes folgendermaßen Stellung genommen:

Der Beschluß des Völkerverbandsrates bedeutet die endgültige Zurückziehung der letzten, heute noch auf deutschem Boden stehenden alliierten Truppen, die spätestens mit dem 1. Januar 1931 das Saargebiet zu verlassen haben. Die Internationalisierte Bahnschutzkommission wird gleichfalls aufgehoben.

Die Sicherung des Transits- und des Transportverkehrs geht nunmehr ausschließlich auf die Saarregierung über, die durch die östlichen Gendarmeriebehörden die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen hat. Die Entschließung des Völkerverbandsrates vom Jahre 1926, in der im Falle von Unruhen der Saarregierung das Recht zugesprochen wurde, fremde Streitkräfte ins Land zu rufen, wird durch die neue Entscheidung dahin abgeändert, daß die Saarregierung im Falle von Unruhen das Recht erhält, in Vertrete des ihr nach dem Versailler Vertrag zuteilgehenden Auslegungsrechtes militärische und technische Kräfte zur Sicherung des Verkehrs kommen zu lassen.

Die Saarregierung hat damit das Recht, auch deutsche Kräfte, nötigenfalls deutsche Schutzpolizei, zum Schutze des Saargebietes anzuordnen.

Innerhalb der Saarregierung hat das deutsche Mitglied die Möglichkeit der Anforderung deutscher Kräfte ausdrücklich festgestellt. Der deutsche und der französische Außenminister haben übereinstimmend hervorgehoben, daß ein Fall, in dem die Grenzangelegenheiten von fremden Kräften zur Verstärkung der Gendarmerie notwendig wäre, voraussichtlich niemals eintreten wird. Von Seiten der deutschen Abordnung wird ferner darauf hingewiesen, daß im Falle einer Volksabstimmung der Schutz des Saargebietes ausschließlich in den Händen der Völkerverbandsrat eingesehene Abstimmungskommission liegen und die Saarregierung bei Unruhen während der Abstimmung nicht die Möglichkeit haben würde, fremde Militärkräfte anzufordern. Die jetzt vom Völkerverbandsrat getroffene Regelung wird von Seiten der deutschen Vertreter als eine befriedigende Lösung der Frage bezeichnet.